

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesdruck Riess,  
Bismarckstr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Groschoße Riess Nr. 52.

Nr. 157.

Dienstag, 8. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; für die 89 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Felle, Ziffern, Bemerkung Rabatt ertönt, wenn der Betrag vorab, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riess.

## Das letzte Nicum-Abkommen.

Das Ioschen von den Vertretern der Ruhrindustrie mit der Nicum abgeschlossene Abkommen ist hoffentlich das letzte. Diese unausgeglichene einseitige Belastung namentlich des Ruhrkohlenbergbaues müßte sonst den wirtschaftlichen Ruin des Ruhrgebietes bedeuten.

Die Nicum-Verträge sind Reparationszwangsmittel der Besatzungsmächte. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr haben sich zunächst einige große Konzerne das Verfallrecht über ihre Betriebe mit der vertraglichen Verpflichtung bestimmter unentgeltlicher Sachleistungen an die Nicum erkauft. Darauf haben am 23. November 1923 die im Verbandsrat vereinbarten Vertreter Firmen ein ähnliches, das erste große Nicum-Abkommen abgeschlossen. Dieses Abkommen ist mehrfach, zuletzt bis Ende Juni 1924 verlängert worden.

Danach hatte der Ruhrbergbau im wesentlichen zu leisten: 27 Prozent der Kohlen- und Koksproduktion des Jahres 1921, bestimmte Mengen von Nebenprodukten der Steinkohle (Teer, Ammoniumsulfat, Benzol, Oel, Kreosot, Wech usw.) und den Kohlenbedarf der Besatzungstruppen und Behörden. Für diese Lieferungen wurde nichts bezahlt. Außerdem mußte die Verpflichtung angenommen werden, die rückständige Kohlensteuer im Betrag von 15 Millionen Mark und für jede vom Tage des Vertragsabschlusses abgeführte Tonne Kohle eine Abgabe von 10 Franken (später 8 Franken) zu zahlen. Dazu kam noch die Lieferung der Kohlen für die Regierungen an einem Preise, den die Nicum festsetzte. Dafür wurden die Gebühren für Ausfuhrbewilligungen u. a. m. nach Deutschland und dem Ausland ermäßigt und die Beibehaltung der Werke aufgehoben. Der Ruhrkohlenbergbau ist dadurch mit monatlich 50-60 Millionen Goldmark belastet worden. Die Verträge der Reichsregierung über diese Leistungen in einer Abmachung von Regierung zu Regierung zu kommen, wurden von den Besatzungsmächten abgelehnt.

Nummer 16 das Nicum-Abkommen abermals verlängert worden und zwar bis zum Inkrafttreten der Pläne der Sachverständigen. Dem Bergbau sind einige Erleichterungen zugesprochen worden: Die umsonst zu liefernden Mengen von Kohlen und Nebenprodukten sind nicht vermindert. Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 7. Juni soll jedoch nur 27 Prozent der in dieser Zeit tatsächlich erfolgten Förderung abgeführt werden. Ermäßigt wird der Betrag der Kohlensteuer, der bisher monatlich 7,1 Millionen Mark ausmachte, auf 5,5 Millionen Mark monatlich; auch die Gebühren, die bisher 4 Millionen monatlich ausmachten, sind um 50 Prozent ermäßigt worden.

Die Reichsregierung erklärt dem Bergbau bekanntlich die Hälfte der neuen Nicumlasten. Sie hat dem Bergbau nahegelegt, von dem Recht der Vertragsauflösung rechtzeitig Gebrauch zu machen, damit das Abkommen beendet ist, wenn die Sachverständigenpläne in Kraft treten. In der dann folgenden Zeit sind wir hoffentlich vor ähnlichen wirtschaftlichen Gewalttaten durch das Sachverständigen-Gutachten geschützt, sobald die Arbeit im Ruhrbergbau wie in der gesamten Wirtschaft des ganzen besetzten Gebietes dann wieder in geordnete Bahnen geleitet werden kann.

## Die Teilnahme Deutschlands an der Londoner Konferenz.

Der „Messager“ behauptet, daß England und Frankreich außer anderen Meinungsverschiedenheiten auch noch in Bezug auf den Zeitpunkt uneinig seien, an welchem Deutschland an der Londoner Konferenz teilnehmen könne; Frankreich behalte darauf, daß Deutschland solange an der Konferenz nicht teilnehmen, als nicht sämtliche Punkte zu dem Sachverständigen-Gutachten im Reichstag vorgelegt seien, und es sei daher möglich, daß die Londoner Konferenz kurze Zeit hinausgeschoben werde. Dasselbe bezieht sich auf eine Note des Dawes-Büros. Aus solchen Versicherungen dürfte zu entnehmen sein, daß gewisse Kreise auf eine Verschiebung der Konferenz hinwirken, und es wird bekanntlich sogar von einer Verlegung der Konferenz nach Brüssel gesprochen. Bismarck diese Kreise ihre Absichten erreichen können, mag dahingestellt bleiben. Im deutschen Interesse würde es augenscheinlich nicht liegen, wenn diese Treibereien Erfolg haben sollten; die deutsche Reichsregierung hat jedenfalls bei jeder Gelegenheit ihr dringendes Interesse an einer möglichst schleunigen Lösung des Reparationsproblems bekundet. Es liegt auch, wie wir hören, keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß die Forderung gestellt werden könnte, daß Deutschland an der Londoner Konferenz nicht hinzugezogen werden dürfe, bevor die bezüglichen Beschlüsse fertiggestellt seien. Jedenfalls kann gesagt werden, daß von maßgebenden Kreisen in den Alliierten Staaten ein solches Verlangen nicht gestellt worden ist.

## 5. Tisch bei Herriot.

Paris. Herr v. Dösch hat gestern abend Herriot gesehen, ihn zu empfangen. Herriot kam sofort der Bitte des deutschen Vorkämpfers nach. Der deutsche Vorkämpfer hat dem französischen Ministerpräsidenten den Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich der Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens dargelegt.

## Eintägiger Besuch Macdonalds bei Herriot.

Ausgleichsversuch des englischen Premiers.

London. Im Unterhaus teilte Macdonald gestern mit, daß er heute nach Paris reisen, Mittwoch abend nach London zurückkehren wolle. Der Besuch erfolge auf einen Vorschlag Herriots. Macdonald betonte nochmals, daß der in der Presse entfaltete Entrüstungssturm jeder Begründung entbehre.

Der Premier versicherte, er werde alles tun, was von ihm abhängt, um zu verhindern, daß unbefähigte Menschen die Möglichkeit einer französisch-englischen Verständigung zunichte machen. Er fügte hinzu, er wolle sich, eine so schreckliche Eventualität ins Auge zu fassen. Zum Schluß sagte Macdonald, er werde am Donnerstag im Unterhaus über das Ergebnis seiner Pariser Besprechungen genaue Angaben machen.

## Die Reise im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

London. (Punktspruch.) Macdonalds heutige Reise nach Paris steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Westminster Gazette zufolge ist die Reise durch das Bestehen Macdonalds veranlaßt, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um ein Übereinkommen über die Punkte, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen, zu erzielen, bevor die Alliiertenkonferenz am 16. Juli in London zusammentritt. Wenn diese Konferenz scheitern sollte, so würde eine sehr ernste Lage entstehen. Es würde dann notwendig werden, die Besprechungen von neuem zu beginnen und den Boden für eine internationale Konferenz mit einem neuen französischen Premierminister vorzubereiten. Der Parlamentsberichterstatter des Daily Telegraph schreibt, das Unterhaus sei allgemein zufrieden mit dem, was er von dem Premierminister keine klarere Darlegung erhielt. In der unterrichteten Kreise wird die Ansicht vertreten, daß Macdonalds Bemerkungen mehr für Frankreich bestimmt gewesen seien, als für das Unterhaus. Der Premierminister hoffe, durch seinen Besuch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Chequers und der darauf vom britischen auswärtigen Amt ergehenden Einladung aufzuklären. Ob die Lage erregt werden könne oder nicht, bleibe abzuwarten, aber es sei klar, daß Macdonald bei seiner eiligen Reise nach Paris die Wünsche hervorragender französischer Politiker berücksichtige und daß sich die Hoffnungen auf eine Lösung der Schwierigkeiten gründeten, die er zu geben in der Lage sein werde. In amtlichen Londoner Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß keine wesentlichen Gründe für die Stimmung in Frankreich bestehen, aber gleichzeitig werde den Möglichkeiten der Lage voll Rechnung getragen.

## Macdonalds Reise doch auf Herriots Bitte erfolgt.

Paris. Ueber den bevorstehenden Besuch Macdonalds werden in amtlichen Kreisen keine Mitteilungen gemacht. Von maßgebender Seite verlautet indessen in später Abendstunde, daß Herriot bereits am Samstag an den englischen Premier die Bitte richtete, sich sobald als möglich mit ihm zu treffen. Die Zustimmung Macdonalds und seine Abfahrt nach Paris zu kommen, soll der Londoner französische Vorkämpfer Herriot gestern früh mitgeteilt haben. Dieser Besuch ist also keineswegs so unerwartet, wie von einem Teil der Pariser Nachmittagspresse behauptet wird. Die gesamte Presse mißt dem Besuch des englischen Ministerpräsidenten die größte Bedeutung bei und hebt die Tatsache hervor, daß Macdonald alles tue, was in seinen Kräften stünde, um die vom Foreign Office begangenen Fehltritte wieder gutzumachen. So erklärt der Matin sich die Absichten Romiey Macdonalds, nach Paris zu kommen. — Der „Petit Parisien“ schreibt: Wenn der englische Premier trotz der Sitzungen des Unterhauses zu einem Augenblicke,

der seine Anwesenheit in Westminster infolge der politischen Lage geradezu unerlässlich macht, sich entschlossen hat, nach Paris zu kommen, so liegt auf der Hand, daß er den lebhaftesten Wunsch hat, unverzüglich den vergangenen Woche aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten ein Ende zu machen und zwischen den beiden Regierungen die herliche Atmosphäre wieder herzustellen, die zur Führung der kommenden Besprechungen unentbehrlich erscheint.

London. (Punktspruch.) Der Parlamentsberichterstatter der Times schreibt, Macdonald werde auf seiner Reise nach Paris von Sir Eric Croome und einem oder zweien seiner Sekretäre begleitet sein. Die englische Regierung wüßte alle Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und sei entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht liege, um die Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen. Es verlautet, daß Herriots Einladung sowohl vom britischen Vorkämpfer in Paris Lord Curzon als auch von verschiedenen Mitgliedern der französischen Deputiertenkammer warm unterstützt wurde, die der Ansicht waren, daß die Anwesenheit des britischen Premierministers im gegenwärtigen Zeitpunkt seinen Wünschen, die Entente zu befestigen und zu kräftigen, aller Welt deutlich vor Augen führen würde. Ob Macdonald eine öffentliche Erklärung während des Besuchs abgeben werde, hänge von dem Verlauf der Ereignisse ab. Allgemein habe gestern abend in politischen Kreisen die Auffassung geübt, daß der Premierminister wegen der heiklen Lage in Paris berechtigt war, darum zu ersuchen, daß über die von ihm abgegebenen Erklärungen erst am Donnerstag im Unterhaus debattiert werden solle. Es sei jedoch anerkannt worden, daß die Debatte am Donnerstag von größter Bedeutung sein werde. Es wird erwartet, daß der Premierminister eine Erklärung über die Ergebnisse seines Pariser Besuchs abgeben werde und daß Baldwin, Asquith und Lloyd George ebenfalls das Wort ergreifen werden.

## Macdonald über die englisch-französische Verständigung.

London. In seiner gestrigen Unterhausrede sagte Macdonald im Hinblick auf den diplomatischen Zwischenfall, zu dem die Verletzung der englischen Einladung Anlaß gegeben hatte, er bedauere, daß eine politische Kontroverse eine so vielerprechende internationale Situation gefährden konnte. Wenn wir uns mit Frankreich verständigen wollen, so müssen wir es nicht nur bereiten, sondern auch auf seine Empfindlichkeit und seine Anschauungen Rücksicht nehmen. Es ist von großer Wichtigkeit, daß der Argwohn, der seit längerer Zeit zwischen beiden Ländern bestanden hat, nunmehr beseitigt wird, und das einzige Mittel dazu ist eine Methode der Offenheit. Weiter sagte Macdonald: Auf der Konferenz in Chequers hat man sich dahingehend einigen müssen, daß, welche Form eine Verständigung auch annehmen mag, es möglich wäre, sie auf ihre Weise auszuarbeiten. Aber letzten Endes könnte man die verschiedenen irgendwie möglichen Vorschläge prüfen und sich über die Form einer Verständigung einig werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede meinte Macdonald: Von gewissen Blättern wird behauptet, daß Großbritannien geradezu eine Verschwörung ins Werk setze, um sich der Reparationskommission zu entziehen und den Verfall der Vertrag abzuschaffen. Er möchte in ungewisser Weise diese Anschuldigungen zurückweisen, die durchaus falsch sind. Wir haben es nicht mit dem Verfall der Vertrag, sondern mit dem Sachverständigenbericht zu tun. Macdonald erklärte, daß, falls eine Verständigung über den Sachverständigenbericht erzielt werde, sie durch eine besondere Abmachung zwischen den verbündeten Mächten vervollständigt werden müsse. Die Verbündeten würden für den Fall von Verfehlungen Seite an Seite Deutschland zur Achtung vor den angenommenen Verpflichtungen nötigen.

## Eine bedeutsame Rede des belgischen Außenministers.

Brüssel. Dymans hat gestern auf dem Bankett der auswärtigen Presse eine bedeutende Rede gehalten, in deren Verlauf er ausführlich auf die Reparationsfrage, die Ausführung des Sachverständigenplanes und auf das Problem der interalliierten Schulden zu sprechen kam. Er sagte unter anderem: Was die militärische Okkupation anbelangt, so schließt der Sachverständigenbericht sie nicht aus. Unsere Aufgabe wird es sein, ihre Modalitäten näher zu regeln. Einige Fragen verdienen ganz besondere Beachtung, so insbesondere die Auswirkung einer Formel, die im Einklang mit dem Sachverständigenbericht und dem Abfindungsabkommen die Einrichtung einer Kontrolle über gewisse Eisenbahnlinien zur Wahrnehmung der Sicherung und Verpflegung der Okkupationsstruppen gestatten würde. Ferner die Frage der Garantien für die Ausführung des Berichtes in Fällen vorbedachter Verfehlungen Deutschlands. Ist es nicht unerlässlich, daß die verbündeten Mächte für den Fall, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen sollte, wie während des Krieges gemeinsam und geschlossen vorzugehen? Auf welche Weise soll die Feststellung der Verfehlungen und die gemeinsame Aktion der verbündeten Mächte vollzogen werden? Das sind ohne Zweifel heikle Probleme, die im Rahmen des Verfall der Vertrag gelöst werden müssen. Wir werden sie in London in voller Unabhängigkeit in einer Atmosphäre der Verantwortlichkeit zur Sprache bringen. Glückliche Anzeichen haben sich zu erkennen gegeben. Herriot und Macdonald sind in einem Geiste des Vertrauens und der Freundschaft zusammen gekommen. Sie haben ihre Anregungen mit der Abfindung einer gemeinsamen Note an Deutschland betreffend die Militärkontrolle begründet. Dymans fügte hinzu, daß das Problem der interalliierten Schulden und der Sicherungen in London nicht erörtert würde. Es verheißt sich aber von selbst, daß die Reparationsfrage als definitiv erst gelöst gelten kann, sobald die Schuldfrage ihrerseits erst gelöst sei und andererseits beiderseitig das Sicherungsproblem sämtliche anderen Fragen. Belgien hofft, daß Großbritannien sich schließlich doch zum Abschluß eines Defensivabkommens mit Frankreich und Belgien verstehen werde.

Sonntag,  
den 13. Juli 1924  
nachm. 1/3 Uhr

# Grosses Schau-Werbe-Wettschwimmen im Elbhafen Riess-Gröbn

S. G. „Otter von 1908“. Riess, e. V.